

Die Statements der Lüneburger Gruppen zu der Autobahn A39

Statement der BI Lüne-Moorfeld

„Die Bürgerinitiative Lüne-Moorfeld wurde 2006 aufgrund der lokalen Betroffenheit nach der Aktion Lebensberg als zweite Lüneburger Initiative gegen die A39 gegründet. Sie hat sich dem Dachverband der BIs gegen die A39 angeschlossen, dem mehr als 30 BIs entlang der geplanten Trasse angehören.

Mit kreativen, bunten Aktionen haben wir damals Aufmerksamkeit erregt, außerdem während aller A39-Planungsschritte zahlreiche Einwendungen und Stellungnahmen verfasst.

Seit 1995 wird die A39 von wissenschaftlichen Studien nicht empfohlen. Sie ist umweltschädlich, überhaupt nicht notwendig und steht den erklärten verkehrspolitischen Zielen der Bundesregierung entgegen. Durch nahezu perfekte Lobbyarbeit und unsägliche Schönrechnerei wurde die A39 bis in die Klimakrise hineingerettet.

Nach längerer Zeit ohne öffentlichkeitswirksame Aktionen freuen wir uns, dass das Klimakollektiv Lüneburg die A39 als Interessens-Schnittpunkt vieler Lüneburger Gruppen entdeckt hat und diesbezüglich gemeinsame Aktionen plant, wie zuletzt die Fahrraddemo im Dezember 2020.

Liebe Lüneburger, bitte steigt am 17. April mit uns auf's Fahrrad, für eine Verkehrswende und für das Beenden der Planungen dieser Nonsense-Autobahn.“

Statement des Klimakollektivs Lüneburg

„Das Klimakollektiv Lüneburg solidarisiert sich mit den Aktivist*innen im Dannenröder Wald, die sich für den Erhalt des Waldes einsetzen. Wir fordern die verantwortlichen Entscheidungsträger*innen dazu auf, den Ausbau der Autobahn A49 aufzuhalten, um den Wald zu retten und um Wasser, Natur und Klima aktiv zu schützen. Wir fordern ein bundesweites Autobahnbau-Moratorium

Lasst uns hier in Lüneburg gemeinsam ein Zeichen gegen den Bau der A39 setzen. Der Vorrang des Autos in Lüneburg ist nicht mehr zeitgemäß und ein Umdenken in der Verkehrspolitik dringend erforderlich. Wir wollen weg vom motorisierten Individualverkehr und hin zum gut ausgebauten, flächendeckenden öffentlichen Personenverkehr sowie zu Fahrrad- und Fußinfrastrukturen.

Mit unserem Protest gegen den Autobahnausbau setzen wir ein klares Zeichen für die sozial-ökologische Mobilitätswende.“

Statement Fridays For Future Lüneburg

„Der Bau einer neuen Autobahn ist weder mit dem 1,5°C-Limit noch mit globaler Klimagerechtigkeit vereinbar. Gemäß der Machbarkeitsstudie des Wuppertal Instituts muss Deutschland bis spätestens 2035 klimaneutral sein, um das im Pariser-Klimaabkommen festgelegte 1,5°C-Limit einhalten zu können.

Für den Verkehrssektor bedeutet das unter anderem eine Halbierung des Autoverkehrs bis 2035. Der Bau einer neuen Autobahn wirkt in die genau entgegengesetzte Richtung und ist damit eine klimapolitische Katastrophe.

Anstelle dessen fordern wir Investitionen in die Fahrradinfrastruktur und in öffentliche Verkehrsmittel. Dabei darf nicht die Gewinnmaximierung das Ziel sein. So sollten auch Strecken von

Bussen oder Zügen befahren werden, die sich "nicht lohnen", Busse öfter fahren und Preise günstiger ausfallen. Auch Menschen, die besonders abgelegen wohnen, wären so nicht mehr auf ein Auto angewiesen.

Dabei ist uns wichtig zu betonen, dass die Verkehrswende auf keinen Fall auf dem Rücken der Angestellten durchgeführt werden darf. Mitarbeiter*innen der entsprechenden Betriebe müssen angemessen entlohnt werden. Dass dies derzeit nicht der Fall ist, zeigen die aktuellen Tarifstreiks der Mitarbeitenden der KVG im Landkreis Lüneburg, mit denen wir uns solidarisieren.

Wir brauchen jetzt eine sozial-ökologische Verkehrswende. Das heißt, weg vom motorisierten Individualverkehr, hin zu einer Mobilität, die dem 1,5°C Limit gerecht wird und damit ganz klar: keine A39!“

Statement Fossil Free Lüneburg

„Als Fossil Free Lüneburg lehnen wir Investitionen, die einer sozial-ökologischen Transformation im Wege stehen, ab. Die mindestens 1,47 Milliarden Euro für die A39 sind genau solch eine Investition. Für das Erreichen der Klimaziele muss besonders der verbrennungsmotorisierte Individualverkehr bis 2030 deutlich reduziert werden. Dafür brauchen wir keine neuen milliarden schwere Autobahnen. Stattdessen wird gerade in Krisenzeiten dieses Geld an vielen anderen Stellen dringend benötigt. Die finanzielle Priorisierung des Autoverkehrs geht nicht nur auf Kosten von Klima und Umwelt, sie sorgt auch dafür, dass für soziale und ökologische Alternativen, wie einem günstigen und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr oder einer vernünftigen Fahrradinfrastruktur, nicht ausreichend Geld zur Verfügung steht. Deswegen sagen wir klar und deutlich: Keine A39! Ja zu sozial-ökologischen Investitionen in unsere Zukunft!“

Statement Grüne Jugend Lüneburg

„Der Bau dieser Autobahn ist sinnlos, rückständig und kontraproduktiv in allen Aspekten. Das wurde bereits 1995 und 2002 in den Studien "Verkehrsuntersuchung Nord-Ost" festgestellt, die vom Bundesverkehrsministerium selbst in Auftrag gegeben wurden, die die A39 explizit abgelehnt haben. Trotzdem hat sie im Bundesverkehrswegeplan immer noch eine der höchsten Prioritäten. Mehr als 20 Jahre und unzählige Klimaproteste später wird entgegen aller Logik immer noch daran festgehalten. Die sogenannte Verkehrswende der Bundesregierung hat diesen Namen nicht annähernd verdient. Deshalb fordern wir als Grüne Jugend den sofortigen und endgültigen Stopp der A39. „

Statement Bündnis 90/ Die Grünen Lüneburg

„Wir benötigen jetzt eine Verkehrswende – auch in Lüneburg. Konzepte wie der Weiterbau der A39 sowie die aktuellen Prioritäten im Bundesverkehrswegeplan stehen im Widerspruch zum Pariser Klimaabkommen und sind nicht mehr zeitgemäß. Denn Breitbandtrassen sorgen für die wirtschaftliche Belebung zwischen Lüneburg und Wolfsburg, nicht Betontrassen.

Die Grünen setzen auf eine konsequente Mobilitätswende zugunsten der Schiene – im Fern- wie im Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).“

Statement Extinction Rebellion Lüneburg

„Wir von Extinction Rebellion sind entschieden gegen den Ausbau der A39 und jeglicher anderer Autobahnen.

In Zeiten der Klimakrise und dem 6. Massenartensterben sollte die Natur nicht noch weiter zerstört werden, um noch mehr fossil befeuerten Individualverkehr zu generieren

Der geplante Autobahn-Ausbau zerschneidet zahlreiche wichtige Biotop mit streng geschützten Arten. Dem Eisvogel, der Zwergfledermaus und dem Moorfrosch wird quasi eine Mauer durchs eigene Wohnzimmer gezogen.

Zusätzlich soll die Autobahn durch Wasserschutzgebiete führen. Wir erleben in Deutschland seit Jahren und auch besonders hier in Lüneburg, wie wichtig das Wasser als Lebensgrundlage für uns Menschen ist. Deswegen müssen diese Gebiete auch weiterhin entsprechend geschützt werden.

Der Verkehr, der dem Ausbau folgen wird, belastet außerdem unsere Luft und unser Klima. Es werden mehr Treibhausgase und Feinstaub ausgestoßen werden, was sowohl die Gesundheit der Tiere als auch unsere eigene erheblich schädigen wird.

Selbst die Umweltrisikoeinschätzung der Bundesverkehrswegeplanung geht bei dem Ausbau von einem „Sehr hohen Umweltrisiko“ aus.

Daher fordern wir den sofortigen Stopp der Baupläne und stattdessen eine Politik, die Klimaneutralität bis 2025 anstrebt und ihre Entscheidungen darauf auslegt!

Jetzt“

Statement Klimaentscheid Lüneburg

„Lüneburg will Zukunftsstadt sein und sich damit aktiv an der Umsetzung der SDGs, der 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, beteiligen. Wie kann Lüneburg zum Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele beitragen? Z.B. indem keine weiteren Autobahnen, auch keine A39, gebaut werden; und indem keine weiteren Wälder abgeholzt werden. Ebenso dürfen Unternehmen wie Coca-Cola, die Gewinne erwirtschaften, weil für das Grundwasser nur ein Spottpreis gezahlt werden muss, nicht länger unterstützt werden.

Der Landkreis hat den Klimanotstand ausgerufen, die Stadt hat einen Klimaschutzplan vorgelegt. Beides ist mit dem Ausbau der A39 nicht vereinbar.

Zukunftsstadt zu sein bedeutet auch, dass Lüneburg schon heute Verantwortung übernimmt und sich gegen Maßnahmen einsetzt, die nicht mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar sind.“

Statement der Parents For Future Lüneburg

„Es gibt Menschen in der Nähe von Lüneburg, die sich vom Bau der A39 eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erhoffen. Zum Beispiel die EinwohnerInnen von Melbeck, die den täglichen Durchgangsverkehr auf der B4 durch ihr Dorf ertragen müssen. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir müssen den Kampf gegen die A39 deshalb verbinden mit der Forderung nach einer umfassenden Verkehrswende. Der individuelle Autoverkehr und der LKW-Verkehr müssen massiv reduziert werden. Abgase, Lärm, Zerstörung und alle weiteren negativen Folgen des Autoverkehrs werden

nicht durch den Bau einer weiteren Autobahn beseitigt. Jeder neue Straßenkilometer verstärkt das "Mehr und mehr und mehr...". Und dem müssen wir uns entgegenstellen.“

Statement Zukunftsrat, Ernährungsrat/Urbane Wildnis

„Jede Sekunde wächst die Weltbevölkerung um 2,6 Menschen. Würden wir für alle Menschen auf der Welt denselben Baustoffbedarf zugrunde legen, den wir Deutschen beanspruchen - nämlich 490 Tonnen pro Kopf - bräuchten wir 1.300 Tonnen Baustoffe pro Sekunde!

Allein mit deutschen Straßen lässt sich der Äquator 16 x umwickeln. Und jeder von uns besitzt direkt und indirekt 12 Parkplätze, da wir uns den Luxus leisten, überall Flächen zu versiegeln, um Parkplätze vorzuhalten.

Mit der allein für die Bereitstellung dieser Baustoffe erforderlichen Energie und der damit verbundenen Emissionen würden wir das Pariser Klimaabkommen um 6-8°C verfehlen!

Der Zukunftsrat steht für Klimagerechtigkeit. Dazu gehört vor allem das Pariser Klima-Abkommen einzuhalten.

Das geht unter anderem mit einer VERKEHRSWENDE ohne die A39!

Denn: Wer Straßen sät, wird Autos ernten!“